



FÜR EINE STADT, IN DER SICH JEDER WOHLFÜHLEN SOLL.

Parteiprogramm &
Programm zur Kommunalwahl
am 15. März 2020

Für eine Stadt, in der sich jeder wohlfühlen soll.	1
Präambel	4
“Besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will.”	6
1. Bezahlbarer Wohnraum und Stadtentwicklung	7
1.000 bezahlbare Wohnungen für Landshut	7
Stadtentwicklung	9
Dreifaltigkeitsplatz	9
Alte JVA am Grätzberg	10
Neustadt	10
Freyung.....	10
Fußgänger- / verkehrsberuhigte Zone, Innenstadt.....	11
Stadtteilzentren	11
Landshut als Bezirkshauptstadt und Oberzentrum.....	12
2. Landshut sozial ausgewogen gestalten	13
3. Kultur und Bildung	14
Kultur und Bildung in Landshut – eins ohne das andere geht nicht	14
Kultur ist vielfältig und allgegenwärtig	14
Das Stadttheater	15
Erhalt und Ausbau der Stadtbücherei	15
Museum für Landshut – damit die Geschichte sichtbar wird	16
Die Erhaltung des kulturellen Erbes - Denkmalschutz	16
Bildungsstandort Landshut.....	16
Kindergärten als Bildungseinrichtungen.....	17
Moderne Ausstattung der Schulen	17
Schulsozialarbeit stärken.....	18
Hochschulstadt Landshut mit Leben füllen	18
Lebenslanges Lernen.....	18
4. Gesundheit und medizinische Versorgung	19
5. Sport und Freizeit	20
Sport – sind die Vereine fit, ist die Stadt fit.....	20
6. Gute Arbeit, Wirtschaft, Behörden, Dienstleistung und Wissenschaft	21

7. Umweltschutz – für die Zukunft unserer Kinder	23
Wasser - unser Lebenselixier.....	23
Nachhaltigkeit	23
Erhaltung der Grünzüge und Frischluftschneisen.....	24
Artenvielfalt erhalten	24
Förderung alternativer Energien.....	24
Fuß- und Radverkehr	24
Neue Formen der Mobilität und ÖPNV	25
8. Öffentliche Daseinsvorsorge	26
9. Jugend, Frauen und Senioren	27
Jugend ist die Zukunft der Stadt.....	27
Frauen	27
Leben und Wohnen im Alter	28
10. Finanzierung, Haushalt, Finanzen der Stadt Landshut	29
Finanzierung	29
Haushalt Finanzen der Stadt	29
11. MEHR Demokratie – MEHR Beteiligung.....	32
Wir sind sozial und demokratisch, beständig und verlässlich, und dies gestern, heute und morgen.	
Daran lassen wir uns messen.	33

PRÄAMBEL

LEITIDEEN FÜR EINE SOZIALE STADTGESELLSCHAFT

Auf keiner Ebene sind die Auswirkungen politischer Entscheidungen so unmittelbar und direkt spürbar wie in der Kommunalpolitik. Gerade sie weist optimalerweise große Nähe zu den konkreten Problemen der Menschen vor Ort auf.

Wir, die Landshuter Sozialdemokrat*innen, stehen für eine lebendige, am Menschen und seinen Bedürfnissen orientierte Politik. Wir diskutieren die Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt oder des Klimawandels genauso wie die anstehenden Probleme auf städtischer Ebene. Wir unterstützen Volks- und Bürgerentscheide, um den Bürger*innen die Möglichkeit zu gewähren, Politik selbst zu gestalten und Entscheidungen auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Mehr Demokratie, mehr Toleranz, mehr Offenheit bilden die Weichen für einen Dialog auf Augenhöhe, für eine lebenswerte Zukunft in unserer schönen Stadt. Wir stehen für eine aktive Bürgergesellschaft und setzen dabei auf das Engagement der Menschen vor Ort.

Wir Sozialdemokrat*innen sind davon überzeugt, dass sich alle Landshuter*innen ein sozial ausgewogenes Umfeld und ein Miteinander in gegenseitiger Achtung aller gesellschaftlichen Gruppen und Lebensformen wünschen. Landshut soll sich als attraktive Heimat für alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten festigen und weiterentwickeln können.

Unsere Stadt wächst rasant - so leben inzwischen mehr als 73.000 Menschen in Landshut. Dies stellt in vielen Bereichen eine große Herausforderung dar. Besonders stark zu spüren war und ist dies auf dem Wohnungsmarkt. Grundstücks- und Baupreise steigen unverhältnismäßig stark an und damit auch die Mietpreise. Wir wollen dem entgegenwirken und Lösungen entwickeln, damit Wohnraum für jedermann erschwinglich ist. Mit der neu gegründeten städtischen Wohnungsbaugesellschaft - Ergebnis eines von der SPD initiierten und durchgeführten Bürgerbegehrens und von der Bevölkerung positiv entschiedenen Bürgerentscheids - ist ein erster Schritt getan. Nun gilt es, durch diese Gesellschaft möglichst schnell viele kommunale, bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Städtische Baugrundstücke müssen hierfür der Landshuter Stadtbau GmbH & Co. KG übertragen werden und dürfen nicht zu Spekulationsobjekten werden.

Der immer noch hohe Schuldenstand der Stadt Landshut lässt sich nicht schönreden. Zudem wächst mit den knappen Finanzen ein anderes Problem – der Sanierungsstau. Die anstehenden Sanierungen sind durch Baupreissteigerungen, den zunehmenden Verfall der Immobilien und die gestiegenen Bauauflagen schwer zu kalkulieren. Hinzu kommt städtischer Investitionsbedarf mittlerweile nicht nur bei Straßen und Brücken, sondern auch bei vielen Bildungseinrichtungen, bei städtischen Gebäuden, bei den Kultur- und Sportstätten. Wir forcieren deshalb ein massives Investitionsprogramm mit Blick auf die im Moment besonders günstigen Kreditbedingungen für die öffentliche Hand.

Der schwarzen Null in der Haushaltspolitik erklären wir angesichts der derzeitigen Situation eine klare Absage, um weiteren Schaden abzuwenden.

Landshut soll weiterhin eine attraktive Einkaufsstadt bleiben und sich nach unseren Vorstellungen homogen weiterentwickeln mit ihrer pulsierenden Innenstadt als Motor für ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges und vitales Geschäftsleben.

Ein weiterer Schwerpunkt sind für uns die Arbeitnehmer*innenrechte. Deshalb setzen wir uns für eine Tariftreueerklärung bei der Vergabe städtischer Aufträge ein. Dies dient u.a. auch der Stärkung der lokalen Wirtschaft. Und wir greifen bei der Bekämpfung von Lohndumping dort ein, wo Einfluss möglich ist.

Wir Sozialdemokrat*innen fördern aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch vor Ort. Wir stehen für ein familien- und kinderfreundliches Landshut. Wir treten dafür ein, dass die Betreuungsangebote für Kinder ausgebaut und an die Bedürfnisse der Bürger*innen angepasst werden.

Unsere Unterstützung gilt darüber hinaus traditionell auch denjenigen Bürger*innen, die in Vereinen, Verbänden, Initiativen und sonstigen Einrichtungen ehrenamtlich ihre Freizeit einbringen. Dieses Engagement zu erhalten und weiter zu entwickeln, bleibt unser erklärtes Ziel, denn sie alle leisten einen wertvollen Beitrag für das "Klima" in unserer Stadtgemeinschaft.

Ein Blick in unser Wahlprogramm zeigt, dass wir für eine soziale und solidarische Stadtgesellschaft als Fundament für ein funktionierendes Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger eintreten, in der sich jeder wohlfühlen kann.

**“BESINNT EUCH AUF
EURE KRAFT UND
DARAUF, DASS JEDE
ZEIT EIGENE
ANTWORTEN WILL.”**

– Willy Brandt

In diesem Sinne werden wir uns als SPD den Herausforderungen aller Generationen stellen und Antworten finden: Gemeinsam für eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft in Landshut.

1. BEZAHLBARER WOHNRAUM UND STADTENTWICKLUNG

1.000 BEZAHLBARE WOHNUNGEN FÜR LANDSHUT

BEZAHLBARE WOHNUNGEN - WOHNUNGSMIETEN NACHHALTIG SENKEN DURCH KONSEQUENTEN STÄDTISCHEN EINGRIFF

Die Lebenskosten, insbesondere die notwendigen Ausgaben für das Wohnen, und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind nach wie vor das Thema Nummer Eins bei den Bürger*innen in unserer Stadt. Deshalb steht es auch für uns an erster Stelle. Die Stadt Landshut wächst seit Jahren stabil mit rund 1.000-1.500 Neubürger*innen pro Jahr. Als Landshuter Sozialdemokrat*innen begrüßen wir das. Zum einen tut die neue Vielfalt nach jahrzehntelanger Stagnation unserer Stadt gut, zum anderen sind es nicht selten einkommensstarke Neubürger*innen, die Landshut als ihr neues Zuhause wählen. Das wirkt sich nicht zuletzt positiv auf die städtische Finanzlage aus. Das gesunde Wachstum der Stadt Landshut hat aber auch seine Schattenseite: Die Miet- und Kaufpreise von Immobilien steigen ebenfalls seit Jahren kontinuierlich und massiv an, weil einerseits in dieser Zeit insgesamt zu wenig Wohnungsbau stattgefunden hat und andererseits hunderte von Sozialwohnungen, die sich in Privatbesitz befanden, aus der sozialen Bindung gefallen sind und kaum für Neuschaffung von gefördertem Wohnraum gesorgt wurde. Wohnraum ist somit zu einem beliebten Spekulationsobjekt für Investoren geworden. Exakt hier soll die Stadt Landshut nach unserem Willen gegensteuern.

Wie geht das? Wir wollen die bereits installierte und durchaus sinnvolle „Mietpreisbremse“, deren Schwäche jedoch darin besteht, nur auf bestehende Mietverhältnisse regulierend einwirken zu können, mit einem deutlich stärkeren kommunalen Instrument komplettieren – dem direkten Eingriff der Stadt Landshut in den Neuwohnungsbau. Nennen wir es einfach den „Landshuter Weg“. In einem ersten Schritt müssen in kurzer Zeit 1.000 neue und bezahlbare Wohnungen für Landshut gebaut werden, um den Wohnungsmarkt massiv zu entlasten. Wir Landshuter Sozialdemokrat*innen fordern, dass die Stadt Landshut über die neu gegründete Landshuter Stadtbau GmbH & Co. KG, die nach einem von uns auf den Weg gebrachten Bürgerentscheid und somit auf Druck der Bevölkerung entstanden ist, selbst mit dieser Initiative in den Neuwohnungsbau eingreift. Das Argument, dass der Zuzug durch ein größeres Angebot noch mehr angekurbelt wird, lassen wir Sozialdemokrat*innen so nicht stehen,

denn den Zuzug kann man nicht regulieren. Wenn wir den Menschen, die nach Landshut ziehen wollen, keinen Wohnraum anbieten können, werden diese sich im näheren Umland Wohnraum suchen. Da diese Menschen meist in der Stadt arbeiten, zum Arzt gehen, Freizeittätigkeiten nachgehen usw., wird dadurch noch mehr Ein- und Auspendelverkehr erzeugt und genau dies wollen wir doch vermeiden. Außerdem fließt der Einkommenssteueranteil an die Umlandgemeinden und nicht in die Stadtkasse. Immerhin sind bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Einnahmen der Stadt durch die Einkommenssteuer höher als die Gewerbesteuer. Kann die Stadt selbst, diesen zuzugswilligen Menschen eigene bezahlbare Wohnungen anbieten, wird sich dies mittelfristig auf die Mietpreise in der Stadt und in der Region auswirken.

Bauträger arbeiten mit einer mittleren Gewinnmarge von 20 bis 30%. Hinzu kommen Gewinne aus Grundstücksgeschäften. Genau diese Wertschöpfungskette kann die Stadt Landshut zum Wohle ihrer Bürger*innen abschöpfen, indem sie selbst als Bauträgerin aktiv wird und städtisch-unternehmerisch in den Wohnungsmarkt eingreift und diesen damit reguliert.

Die konsequente Verallgemeinerung der Wertschöpfungskette von Grundstücksentwicklern und Bauträgern über unsere Landshuter Stadtbau GmbH & Co. KG. führt nach unserer Überzeugung zu kurzfristig spürbarer Entspannung sowohl bei den Wohnungsmieten als auch – zeitversetzt – bei den Wohnungskaufpreisen im mittleren Segment.

Unberührt hiervon bleiben freilich Luxus-Immobilien.

Vorrangiges und klares programmatisches Ziel dieses sozialdemokratischen Ansatzes ist es, das Miet- und Kaufpreisniveau im unteren bis mittleren Wohnsegment zügig zu entlasten und damit einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht zu dienen. Bei entschlossener Vorgehensweise und unter Berücksichtigung des – insbesondere für die öffentliche Hand – aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus erscheint uns Landshuter Sozialdemokrat*innen dies mehr als nur machbar und damit dringend umsetzungswert.

Weitere Möglichkeiten für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ohne weitere Flächenversiegelung sehen wir im Aufstocken von bestehenden Immobilien, dem Ausbau von Dachgeschossen, der Überbauung von großen Parkplätzen. Wir unterstützen auch alternative Wohnformen, wie zum Beispiel Tiny-Häuser (auf kleinen Grundstücken, die für keine andere Bebauung verwendet werden können) oder Hausboote.

Wir treten auch für ein zukunftsorientiertes Flächenmanagement für Gewerbeflächen, Schulen, Hochschulen, Bildungs- und Kultureinrichtungen ein sowie für Wohnungen für Studierende und Auszubildende.

STADTENTWICKLUNG

Die Stadt Landshut hat in ihrer Geschichte und Entwicklung vielfältige Veränderungen erfahren. Dabei ist den verantwortlichen Menschen dafür zu danken, dass die Identität über viele Jahrhunderte erhalten blieb. Es ist für uns Verpflichtung und Herausforderung, unsere Stadt weiter zu entwickeln unter dem Leitgedanken „Altehrwürdiges bewahren - mit modernem Zeitgeist verbinden“.

Stadtentwicklung bleibt so ein steter Auftrag. Nachfolgende Überlegungen und Vorschläge sollen eine Diskussionsplattform darstellen, an der sich viele Menschen beteiligen sollen. Uns ist bewusst, dass sich die formulierten Vorschläge nicht von heute auf morgen realisieren lassen, alleine schon des Finanziabaren wegen. Aber gerade um Kosten zu sparen, bedarf es langfristiger Überlegungen wie ein Gemeinwesen auch in seiner Entwicklungsfähigkeit ausgerichtet wird. Es gilt die Stadt attraktiv zu erhalten und modern weiter zu entwickeln. Sie soll auch lebens- und liebenswert für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt neu in Landshut suchen, sein, aber auch für Gewerbe und Industrie.

DREIFALTIGKEITSPLATZ

Wir stellen uns vor, dass er zu einem Marktplatz umgebaut wird, wo die Landshuter Schwaiger privilegiert die Möglichkeit erhalten, auf eigene Rechnung feste Marktstände einzurichten. Die mobilen Verkaufsstände in der Altstadt sollen unverändert erhalten bleiben, aber es sollte geprüft werden ob langfristig wegen anderer Bedingungen der Wochenmarkt auf den Dreifaltigkeitsplatz verlegt wird. Von der Alten Bergstraße bis zur Spiegelgasse müsste dann natürlich eine stark verkehrsberuhigte Zone eingerichtet werden. Die Fußgängerzone sollte verlängert werden und von der Spiegelgasse bis zur Hl. Geistkirche ausgeweitet werden.

Das Denkmal von Ludwig dem Reichen soll verlegt werden. Auf diesem Platz soll ein Denkmal errichtet werden, welches der Tatsache Rechnung trägt, dass an dieser Stelle eine Jüdische Siedlung (evtl. ein Friedhof) bestanden hat. Wir halten es für unangemessen, dass hier an den Herrscher erinnert wird, der die ansässigen Juden einst gefangen genommen, enteignet und vertrieben hat.

Langfristig soll der Dreifaltigkeitsplatz in die Fußgängerzone Altstadt integriert werden. Ständig pendelnde kleine Shuttlebusse sollen den Einkauf im gesamten Fußgängerzonengebiet ermöglichen.

ALTE JVA AM GRÄTZBERG

Wir stellen uns vor, dass dort ein dreistöckiges Parkhaus - optional mit 2 Untergeschossen - mit Einfahrt über die Wittstraße errichtet wird. Der darüber bestehenden Baukörper könnte zu einem Hotel- und Kongresszentrum umgebaut werden. (Unter Beachtung denkmalpflegerischer Vorgaben) Die Fassade zur Inneren Münchener Straße soll erhalten bleiben. Optional können auch Parkplätze unter dem Dreifaltigkeitsplatz (Unterkellerung) geschaffen werden. Alternativ unter der Jugendherberge, dem Regierungplatz oder der Neustadt, wenn sich eine Unterkellerung des Dreifaltigkeitsplatzes aus historischen Gründen verbietet.

Die Zufahrt zum Parkkeller "Dreifaltigkeitsplatz" könnte über die alte JVA erfolgen, die Möglichkeit erhalten zur Weiterführung Richtung Hofbergtunnel sollte erhalten werden.

Die Parkhäuser "alte JVA" und "Dreifaltigkeitsplatz" sollten auch von der Inneren Münchner Straße über den Grätzberg in Richtung Wittstraße befahren werden können; jedoch muss die Hauptzufahrt in der Wittstraße sein.

NEUSTADT

Wir stellen uns vor, dass die gesamte Neustadt als verkehrsberuhigte Straße ausgewiesen wird. Sie darf dann nur von Anliegern, Bussen und Taxis befahren werden. Parkmöglichkeiten soll es ausschließlich für Anwohner geben, eine Anfahrmöglichkeit nur über die Regierungs- und Maximilianstraße. Ausnahmen bilden die Stadtbusse (Neustadt, Ursulinen-Kloster, Hl. Geistgasse).

FREYUNG

Wir stellen uns vor, dass zusätzlich zum Christkindl- und Haferlmarkt der Ausbau und die Intensivierung von derartigen Veranstaltungen erfolgen.

Die Entwicklung eines Konzeptes zur Förderung von Gastronomie und Verkaufsläden hochwertiger Marken (Outletfactory) unter Einbindung der Ideen der Landshuter Kaufleute und Gewerbetreibenden soll forciert werden. Außerdem soll eine Bedarfsanalyse für Gastronomie in Landshut allgemein und für den Standort Freyung ganz besonders erstellt werden. Es wäre denkbar, über ein Förderprogramm

die Immobilienbesitzer in der Freyung zur Mithilfe und Umsetzung eines Konzeptes zur Belebung zu gewinnen.

Zu klären wäre hier auch, ob neben dem bestehenden Parkhaus weiterer Bedarf an Parkplätzen in der Nähe besteht.

FUßGÄNGER- / VERKEHRSBERUHGTE ZONE, INNENSTADT

Wir stellen uns vor, dass der Dreifaltigkeitsplatz, die Spiegelgasse, die Neustadt, sowie die Gassen zwischen Altstadt und Neustadt stark verkehrsberuhigt werden, befahrbar nur für Busse, Taxis, Anwohner und PKW-Nutzer mit Gehbehinderung. (Tempo 20)

Die Altstadt ab Spiegelgasse bis zur Hl. Geistkirche, die Theaterstraße, und alle Querstraßen zur Neustadt sollen langfristig zu einer echten Fußgängerzone umgewidmet werden.

Der Postplatz soll ausschließlich als zentrale Haltestelle für Stadtbusse genützt werden.

Vier behindertengerechte kleine Elektro-Shuttlebusse sollen bereitgestellt werden. Sie sollen im Ringverkehr kreisen - zum Beispiel vom Postplatz über den Bischof-Sailer-Platz, die Neustadt, den Dreifaltigkeitsplatz und die alte JVA, dann zur Grieserwiese (Parkplatz), zum Ländtor, in die Altstadt und wieder zum Postplatz und in Gegenrichtung, im Kreisverkehr und ohne Fahrplan.

Die Kosten für die Shuttlebusse sind sicher geringer als ein Burgaufzug und für die Landshuter Bürger*innen von größerem Nutzen.

Außerdem sollte auch eine Busverbindung Landshut Park-Bahnhof-Innenstadt im 15 Minuten Takt hin und zurück eingeführt werden, damit Einpendler die Möglichkeit haben, das Auto am Stadtrand stehen zu lassen und der Verkehr in der Stadt verringert wird.

STADTTEILZENTREN

Landshut hat zurzeit 8 Stadtteile: Altstadt, Achdorf, West, Münchnerau, Nikola, Wolfgang, Industriegebiet, Peter & Paul, Schönbrunn, Frauenberg. Es sollten der Bedarf und die Möglichkeit von weiteren Stadtteilzentren geprüft und ggf. Konzepte entwickelt werden, wie z.B. für den Wolfgangplatz im Stadtteil Wolfgang. Unter Beteiligung der dort lebenden Bevölkerung sollen

Mängel in der Infrastruktur aufgedeckt, Entwicklungspotentiale erarbeitet und kurz-, mittel- und langfristige Master- und Umsetzungspläne erstellt werden.

Eine Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs muss in allen Stadtteilen gewährleistet sein.

LANDSHUT ALS BEZIRKSHAUPTSTADT UND OBERZENTRUM

hat Aufgaben für die gesamte Region zu erfüllen und trägt damit eine große Verantwortung. Durch die geografische Lage sind wir in vielen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt. (Verkehrswege, Gewerbegebiete, Industrieflächen seien als Beispiele genannt). Durch die Ausdehnung der bebauten Flächen der Stadt Landshut und der Umlandgemeinden Altdorf, Ergolding, Kumhausen sind die Gemeindegrenzen fließend. Eine Gesamtplanung wird erheblich erschwert. Die Staatsregierung wird aufgefordert die Gebietsreform aus dem Jahr 1970 zu relativieren und eine Neugliederung einzuleiten. (Eingemeindung der verstädterten Gebiete Altdorf, Ergolding, Kumhausen) Dabei ist darauf zu achten, dass die sozialen und kulturellen Eigenheiten der jeweils betroffenen Gemeinden erhalten bleiben. Die Stadt Landshut mit ihren Umlandgemeinden ist eine Wachstumsregion, die es gilt in ihrer Gesamtheit attraktiv zu erhalten und zukunftsorientiert als Ganzes weiter zu entwickeln.

2. LANDSHUT SOZIAL AUSGEWOGEN GESTALTEN

Die Menschen müssen sich in ihrer Stadt wohlfühlen. Selbstbestimmung und soziale Integration sind Grundpfeiler einer lebendigen Gesellschaft. Wir Landshuter Sozialdemokrat*innen machen es uns zur Aufgabe, ein Zusammenleben von Menschen aller Altersgruppen, unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten. Besondere Unterstützung benötigen hierbei Kinder, Senioren, kranke Menschen und Menschen mit Behinderung. Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns dafür ein, dass in allen Stadtteilen die Versorgung für die Bedürfnisse des täglichen Lebens gesichert ist. Um Landshut weiterhin für junge Familien attraktiv zu halten, muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor Ort durch den weiteren Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Derzeit gilt es die Qualität der Betreuung zu verbessern und langfristig zu sichern. Die Kinderbetreuungseinrichtungen sollen den Bedürfnissen der Kinder, der Eltern und Erziehungspersonen entsprechen. Dazu gehören flexiblere Öffnungszeiten, gute Ausbildung der Erzieher*innen sowie auch eine der Ausbildung und Verantwortung entsprechende Bezahlung. Wir danken allen Bürger*innen, die in Vereinen, Verbänden, Initiativen und sonstigen Einrichtungen ehrenamtlich ihre Freizeit einbringen. Sie alle leisten einen sehr positiven Beitrag für das Miteinander in unserer Stadtgemeinschaft. Wir werden dieses Engagement weiterhin unterstützen und fördern.

3. KULTUR UND BILDUNG

KULTUR UND BILDUNG IN LANDSHUT – EINS OHNE DAS ANDERE GEHT NICHT

Der Zugang zu Kultur und Bildung soll für alle Landshuter Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich sein.

Die Stadt Landshut kann auf ihr großes kulturelles Erbe stolz sein. Dieses Erbe muss gehegt und gepflegt werden. Dazu gehört auch der Erhalt der lebendigen Theaterlandschaft, der Musik und der Kunst. Mit dem Skulpturenmuseum am Hofberg ist bereits ein viel beachteter Ort für Gegenwartskunst verwirklicht worden. Das LANDSHUTmuseum und das KASiMiRKindermuseum sind wichtige Beiträge, um Geschichte lebendig werden zu lassen und kindliche Begeisterung für Kultur zu fördern. Der Ausbau der Museumslandschaft soll fortgesetzt werden.

Im Bereich des Städtetourismus ist jedoch noch ein großes Potential nicht ausgeschöpft. Die Öffentlichkeitsarbeit für den gesamten Kultur- und Bildungsbereich soll deshalb intensiviert und besser koordiniert werden.

KULTUR IST VIELFÄLTIG UND ALLGEGENWÄRTIG

Ein breites und hochwertiges Kulturspektrum von der Brauchtumspflege über die vielfältigen Angebote von Musik und Kunst, Theater und Film, Tanz und Gesang sowie der Kulturpflege in den Landsmannschaften und in den Vereinen von Bürger*innen mit unterschiedlichen sprachlich-kulturellen Wurzeln wird von engagierten Bürger*innen - meist ehrenamtlich - getragen.

Deshalb ist es wichtig, diese sowie alle Künstler und Kulturschaffenden durch die Stadt zu fördern und zu unterstützen, sowohl finanziell oder bei der Suche nach geeigneten und bezahlbaren Räumlichkeiten, als auch bei ihrer Wahrnehmung als wesentlicher Bestandteil der Landshuter Kultur durch die Öffentlichkeit.

Das Sponsoring aller kulturellen Bereiche durch Private und durch die Wirtschaft stellt eine wichtige Ergänzung der Finanzierung durch die Stadt dar und fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft.

DAS STADTTHEATER

Das Stadttheater Landshut ist Teil des Niederbayerischen Theaterverbundes Landshut-PassauStraubing und ist ein wesentlicher, wertvoller und nicht ersetzbarer Bestandteil der Kultur- und Bildungslandschaft der Stadt. Theater hat in Landshut eine seit 1841 währende Tradition im eigens dafür von Johann Baptist Bernlochner geschaffenen Bernlochnerkomplex, der Gaststätte, Festsaal, Brauerei und Wohnungen beinhaltet.

Seit vielen Jahren ist ein Umbau- bzw. Neubau des Theaterkomplexes aus arbeits-, sicherheits- und brandschutztechnischen Gründen notwendig. Deshalb wurde das Theaterzelt als Interimsspielstätte angekauft. Die Arbeitsbedingungen sind mittlerweile unerträglich geworden, die Bedingungen für die Zuschauer über die bisher vorgesehene Zeit hinaus unzumutbar. Das ist für uns Sozialdemokrat*innen nicht hinnehmbar.

Der Erhalt des Theaters ist aber für Landshut sowie für Passau und Straubing existenziell. Alternative Finanzierungsmodelle müssen gefunden und geprüft werden, damit der Neubau und die Sanierung wie geplant verwirklicht werden können und schon zugesagte Fördermittel abgerufen werden können.

ERHALT UND AUSBAU DER STADTBÜCHEREI

Die Stadtbücherei ist eine unverzichtbare Kultur- und Bildungseinrichtung, die - vom gedruckten Bilderbuch bis hin zu modernsten Medien - für alle einen vielfältigen und unbegrenzten Zugang zu Literatur und Information ermöglicht. Darüber hinaus bietet sie kulturelle Veranstaltungen für alle an und ist ein beliebter Treffpunkt im Getriebe der Stadt. Dieses Kultur- und Bildungszentrum muss erhalten, modernisiert und multimedial ausgebaut werden.

MUSEUM FÜR LANDSHUT – DAMIT DIE GESCHICHTE SICHTBAR WIRD

Der Museumsstandort am Prantlgarten beinhaltet den ersten Teil des Stadtmuseums im alten Franziskanerkloster, das KASiMiR-Kindermuseum und das Skulpturenmuseum und bietet auch den direkten Zugang zum Hofgarten und zur Burg Trausnitz an. Damit dieses hochwertige Ensemble für Bürger und Touristen noch interessanter wird, ist es notwendig, dass es in der Öffentlichkeit sichtbarer wird, auch fremdsprachliche Guides eingesetzt werden und die Erreichbarkeit durch öffentlichen Shuttle verbessert wird. Da noch viele Schätze der Stadt Landshut in diversen Depots und Panzerzelten eingelagert sind, soll der Weiterbau des Stadtmuseums zügig vorangetrieben werden.

Wenn die Stelle des Museumsleiters neu besetzt wird, soll sie als Stelle für die Leitung des gesamten Museumsstandorts ausgeschrieben werden.

DIE ERHALTUNG DES KULTURELLEN ERBES - DENKMALSCHUTZ

Landshut hat mit seinem Stadtbild, insbesondere mit dem geschlossenen Innenstadt-Ensemble ein einzigartiges historisches Erbe.

Dieses Stadtbild gilt es, nicht nur als Fassade, sondern auch in seiner Substanz zu erhalten und nicht rein ökonomischen Interessen zu opfern. Dort, wo diese nicht zu erhalten ist, müssen - auch in Verbindung mit dem Gestaltungsbeirat - optimale, ambitionierte und zeitgemäße architektonische Lösungen gefunden werden.

BILDUNGSSTANDORT LANDSHUT

Die Chancen eines Menschen hängen zeitlebens stark von seiner Bildung ab. Wir Sozialdemokrat*innen stehen für gleiche Bildungschancen - unabhängig von der sozialen Herkunft der Eltern, denn jedes Kind hat ein Anrecht auf eine angemessene Förderung seiner individuellen Begabungen und Talente. Der Zugang zur Bildung darf daher nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden. Bildung muss für alle kostenfrei sein. Dazu gehört auch der Weg zur Schule. Deshalb fordern wir seit Jahren die

generelle Schulbuskostenfreiheit und werden uns weiterhin dafür einsetzen. Zur Sicherheit unserer Kinder und für weniger Verkehr vor unseren Schulen.

KINDERGÄRTEN ALS BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Der Stellenwert von Kindergärten als frühkindliche Bildungseinrichtung muss noch stärker bewusst gemacht werden. Daher brauchen wir noch mehr Angebote für ganztägige Betreuungseinrichtungen für Kinder. Eltern müssen wissen, dass ihre kleinen Kinder auch ganztägig gut untergebracht werden können. Um möglichst früh gleiche Bildungschancen sicherzustellen, befürworten die Sozialdemokrat*innen den gebührenfreien Kindergarten. Als erster Schritt sollte das letzte Kindergartenjahr nicht nur verpflichtend für alle Kinder sein, sondern auch kostenfrei angeboten werden und in enger Zusammenarbeit mit den Grundschulen als Vorschuljahr genutzt werden. Insbesondere ist es unerlässlich, mehr sprachliche Förderung für Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist oder die sprachliche Defizite ausweisen, anzubieten.

MODERNE AUSSTATTUNG DER SCHULEN

Es ist die Pflichtaufgabe der Stadt, für eine qualitativ hochwertige und moderne Ausstattung der Schulen zu sorgen. Die über Jahrzehnte vernachlässigte Sanierung der Landshuter Schulen muss dringend und weiterhin zügig umgesetzt werden. Dabei ist auf die Schaffung einer echten Barrierefreiheit zu achten.

Die Landshuter SPD spricht sich auch dafür aus, dass an jeder Landshuter Schule ein gebundenes Ganztagsangebot zur Wahl eingerichtet wird, das besonders auch Kindern mit erhöhtem Förderbedarf zugutekommen kann. Dazu müssen auch die baulichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine ganztägige Betreuung geschaffen werden. Dazu muss die bayerische Staatsregierung endlich die notwendigen Mittel an die Kommunen bereitstellen. Die individuelle Förderung der Kinder muss in den Schulen stattfinden und nicht über private Nachhilfelehrer, die sich viele nicht leisten können.

Die Stadt Landshut ist aufgrund ihres unverhältnismäßig starken Wachstums großen finanziellen Belastungen im Bereich des Schulneubaus ausgesetzt. Auch hier sollte die Staatsregierung durch Förderung im Ausnahme- und Notfall Verantwortung übernehmen.

SCHULSOZIALARBEIT STÄRKEN

Wir wollen für jede Schule in Landshut eine Vollzeitstelle für die Schulsozialarbeit. Viele Schüler*innen brauchen diese Hilfe und Unterstützung. Notwendig ist Schulsozialarbeit vor allem, um die notwendige Vernetzung mit den Unterstützungseinrichtungen für die Familien zu gewährleisten. Darüber hinaus setzen wir uns für ein lokales Bündnis als Nahtstelle für den Übergang zwischen Schule und Ausbildung ein.

HOCHSCHULSTADT LANDSHUT MIT LEBEN FÜLLEN

Seit langem fordern die Landshuter Sozialdemokrat*innen, dass Landshut wieder Universitätsstadt wird. Auch der Ausbau der bestehenden Fachhochschule mit einer Erweiterung des Fächerangebotes in Richtung Universitätsniveau sollte angestrebt werden, nachdem nun sogar Straubing TUM-Standort geworden ist. Die inzwischen im Innenstadtbereich gebauten Studentenwohnungen verbessern die Präsenz der Hochschule in der städtischen Öffentlichkeit und bringen sie als wesentliches Bildungszentrum und als Standortfaktor ins Bewusstsein der Stadt.

LEBENSLANGES LERNEN

Lebenslanges Lernen wird in unserer modernen Wirtschaft für alle Bevölkerungsschichten immer wichtiger. Mit der Volkshochschule und den anderen Bildungseinrichtungen bietet Landshut attraktive Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, um Kenntnisse zu erwerben und zu vertiefen. Somit kann auf die wachsenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt flexibel reagiert werden. Diese Bemühungen muss die Stadt auch in Zukunft tatkräftig unterstützen.

4. GESUNDHEIT UND MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Gesundheit ist das wichtigste Gut eines jeden Menschen. Jedem muss uneingeschränkte medizinische Versorgung auf hohem Niveau zugänglich sein. Das Klinikum Landshut und das Kreiskrankenhaus sollen sich gegenseitig in der medizinischen Versorgung ergänzen, anstatt in Konkurrenz zu treten. Wir Sozialdemokrat*innen fordern deshalb eine verstärkte Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis zugunsten der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Wir setzen uns stets für sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze des Klinikum-Personals ein. Weiterhin muss für Entlastung des Personals gesorgt werden, durch Anwerbung von freiwilligen sozialen Dienstleistenden, wie zum Beispiel aus dem Bundesfreiwilligendienst. Diese Möglichkeit muss wieder verstärkt publik gemacht werden. Bei der Bewertung der Wirtschaftlichkeit soll künftig für die Öffentlichkeit die Berechnung der Kosten auf gleichen Grundlagen beider Krankenhäuser erfolgen. Wir setzen uns für den Ausbau medizinischer Versorgungszentren um weitere Fachbereiche ein, damit sich die ambulante fachärztliche Versorgung für die Menschen verbessert.

Die ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen, insbesondere auch von Jugendlichen, ist auch in Landshut nicht ausreichend. Wir setzen uns dafür ein, dass die kassenärztlichen Zulassungsbedingungen für Psychotherapeuten erleichtert und die Anzahl der Zulassungen erhöht werden. Monatelange Wartezeiten für eine ambulante Psychotherapie sind unzumutbar. Diese Situation kann auf kommunaler Ebene zwar nicht gelöst werden, es kann aber Druck von den Kommunen aufgebaut werden. Dies werden wir stets unterstützen. Die Stadt Landshut ist in der glücklichen Lage, mit St. Marien ein Kinderkrankenhaus zu haben, das auch für die ganze Region von enormer Wichtigkeit ist. Es muss in jedem Fall unterstützt und erhalten werden.

5. SPORT UND FREIZEIT

SPORT – SIND DIE VEREINE FIT, IST DIE STADT FIT

Sportvereine erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Besonders dann, wenn viele Kinder und Jugendliche ihre Freizeit dort verbringen. Sie lernen hier soziale Kompetenz und den fairen Umgang mit anderen. Deshalb muss der Breitensport besonders gefördert werden. Die Sportvereine haben eine wichtige Funktion in der Gesellschaft und werden ehrenamtlich geführt. Dieses Engagement ist anzuerkennen und durch die Stadt Landshut angemessen zu fördern.

Dazu gehört auch eine Evaluation des Zustandes unserer Sportstätten, um den Bedarf an Unterstützung zu kennen. Fördermittel durch übergeordnete Verbände oder den Freistaat sind stets zu eruieren und voll auszuschöpfen. Kooperationen zwischen einzelnen Vereinen begrüßen wir sehr, denn so können einzelne Defizite auch untereinander ausgeglichen werden. Das Interesse am Freizeitsport muss auch durch die Stadt geweckt werden. Durch entsprechende Nutzung von städtischen Frei- bzw. Erholungsflächen. Der Stadtpark oder die Fuß- und Radwege an der Isar können hier genannt werden. Wir wollen dort entsprechende Sportgeräte installieren, an denen jeder Bürger/jede Bürgerin - egal welchen Alters oder Fitnesszustandes - trainieren kann (z.B. einen Bewegungsparcours entlang der Isarwege, einen Basketballplatz und Fußballtore im Stadtpark).

Wir treten aber auch für vernünftige Rahmenbedingungen für den Profisport in unserer Stadt ein, wenn diese finanziell auch stemmbar sind.

6. GUTE ARBEIT, WIRTSCHAFT, BEHÖRDEN, DIENSTLEISTUNG UND WISSENSCHAFT

Wir stehen für gute und faire Arbeitsverhältnisse, für eine sozial ausgewogene, arbeitnehmerfreundliche und zeitgemäße Arbeitspolitik. Dazu gehören die soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt und die Gestaltung der digitalen Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten ebenso wie die Gleichstellung von Mann und Frau, die Tariftreue und die Beschränkung von befristeten Arbeitsverträgen. So sollten Leiharbeiter zeitlich nur zur Überbrückung von "Spitzen" mit kurzer Befristung und gleichem Entgelt wie Festangestellte beschäftigt werden.

Landshut als Zentrum Niederbayerns ist dabei aufgefordert, die Weichen für eine zukunftssträchtige, moderne und gleichzeitig traditionsbewusste Stadt im Zeitalter der digitalen Arbeitswelt zu stellen. Wir sehen dies als eine Grundvoraussetzung für die Stärkung und Weiterentwicklung der sog. „weichen“ Standortvorteile. Dazu zählen u.a. gute Kinderbetreuung, ein umfassendes schulisches und kulturelles Angebot, vielseitige Sport- und Freizeitangebote, ein gutes Leben im Alter etc. (Details hierzu unter den jeweiligen Rubriken). Ein Beitrag der Stadt, den Industriestandort und dessen Arbeitsplätze in Landshut attraktiv zu gestalten, sollte z.B. eine verstärkte Kooperation der Betriebe mit der Stadt beim Thema Kinderbetreuung sein, um die Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu unterstützen.

In der Bezirkshauptstadt Landshut ist eine Vielzahl von Behörden ansässig. Es muss im Bestreben der Stadt sein, Behörden dauerhaft zu halten und neue anzusiedeln.

Wir planen die Schaffung einer Richtlinie oder Vergabebesatzung, in der festgeschrieben ist, dass Aufträge der Stadt im Rahmen rechtlicher Vorgaben nur an tarifizierte Unternehmen der heimischen Region und an Unternehmen, die maximal 10 % Subunternehmen beschäftigen, vergeben werden. Die Einhaltung der für sie zutreffenden Tarifverträge (Tariftreueerklärung) ist sicherzustellen.

Wir setzen uns dafür ein, sog. Handwerkerhöfe einzurichten. In diesen sollen Werkstätten für kleinere Handwerksbetriebe, die neue Räumlichkeiten suchen, entstehen. Auch Existenzgründern und Startup-Unternehmen soll dieses Angebot zur Verfügung stehen, um unkompliziert und von den Kosten her

überschaubar, Fuß fassen zu können. In der Münchnerau sind passende Gewerbeflächen vorhanden. Auch wäre zu überlegen, leerstehende Fabrikgelände oder Gebäude hierfür bereitzustellen.

Landshut hat hervorragend positionierte Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe. Es gilt, gemeinsam geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um dem allgemeinen Fachkräftemangel zu begegnen. Mit den Absolventen der Hochschule verfügt Landshut über ein großes Potential gut ausgebildeter Arbeitskräfte für die zukünftige Entwicklung in Stadt und Region. Darüber hinaus sehen wir für die Stadt viele Chancen in einer verstärkten Kooperation mit der Hochschule. Das dort vorhandene Wissen kann gewinnbringend für technische, ökonomische und soziale Innovationen in der Landshuter Wirtschaft und in der Stadtverwaltung genutzt werden. Die Stadt sollte aktiv den Ausbau des Hochschulstandortes Landshut unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie, Handwerk und Verwaltung fördern.

Auf Betreiben der SPD und nach einem positiven Bürgerentscheid wurde die Stadtbau Landshut GmbH & Co KG gegründet. Zukünftige Aufgabe ist es nun, den eigenen Wohnungsbau so zu entwickeln, dass die Anzahl der städtischen Wohneinheiten eine Größenordnung erreicht, die den Landshuter Wohnungsmarkt für bezahlbare Wohnungen wirkungsvoll beeinflussen kann und gleichzeitig einen Beitrag für eine moderne Stadtentwicklung leistet. Eine entsprechende finanzielle Ausstattung bzw. die Ermächtigung zu entsprechenden Kreditaufnahmen sind unabdingbar, um diese Aufgabe zu bewerkstelligen. Eventuelle Kooperationen mit Industrie und Wirtschaft sind zu prüfen.

Darüber hinaus streben wir an, ein wirtschaftliches Gesamtentwicklungskonzept für die Zukunft der Region Landshut unter Einbindung der umliegenden Gemeinden und des Landkreises sowie aller gesellschaftlich relevanten Bereiche zu erarbeiten. Dabei sollen die Herausforderungen der Digitalisierung, der demografischen Entwicklung und des Klimawandels Berücksichtigung finden. Uns geht es vor allem auch darum, Chancen, Potentiale und Ressourcen der Region Landshut zusammenzutragen und einen Ausblick für die nächsten 20 Jahre zu beschreiben.

7. UMWELTSCHUTZ – FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER KINDER

Umweltschutz hat für uns schon immer einen hohen Stellenwert, bedeutet es doch, die Lebensgrundlagen für die nachkommenden Generationen zu erhalten. Es reicht aber nicht aus, Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt zu formulieren und niederzuschreiben, sondern es besteht dringender Handlungsbedarf. Jeder Einzelne kann dazu seinen Beitrag leisten.

WASSER - UNSER LEBENSELIXIER

Ohne Wasser kein Leben. Die gute Trinkwasserqualität der Stadt Landshut muss erhalten bleiben und viel mehr als bisher in der Bevölkerung beworben werden. Durch mehr Verwendung unseres guten Trinkwassers der Stadtwerke Landshut in Schulen, Kindereinrichtungen und in Senioreneinrichtungen sowie in den Privathaushalten kann jede Menge Plastikmüll vermieden werden.

Ausgewiesene Wasserschutzgebiete dürfen nicht Einzelinteressen geopfert werden. Die Wasserversorgung muss ausschließlich in öffentlicher Hand bleiben und der Schutz des Grundwassers konsequent durchgesetzt werden. Auch die Fließgewässersituation muss weiter verbessert werden (z.B. die Badewasserqualität der Isar). Zahlreiche Kühlwassereinleitungen haben bei dem einstigen kühlen Gebirgsfluss Isar zu einem spürbaren Temperaturanstieg geführt. Diese Praktiken werden wir nicht länger dulden.

NACHHALTIGKEIT

Wir sehen einen Beitrag zum Umweltschutz auch in der Müllvermeidung bzw. einer umweltgerechten Entsorgung. Wir unterstützen deshalb das Vorhaben der Stadtwerke, eine neue Wertstoffentsorgungsanlage zu errichten.

Plastikmüll belastet die Umwelt in besonderem Maße. Deshalb haben wir hier bereits die gelbe Wertstofftonne als nachhaltigen Ersatz für die gelben Säcke gefordert wie es auch in einigen anderen Kommunen bereits umgesetzt wird. Über 36 Tonnen Plastikmüll könnten somit pro Jahr in unserer Stadt vermieden werden.

ERHALTUNG DER GRÜNZÜGE UND FRISCHLUFTSCHNEISEN

Grünzüge und Frischluftschneisen, so wie im Flächennutzungsplan ausgewiesen, spielen in der Stadtökologie eine wichtige Rolle und müssen erhalten bleiben bzw. bei Neubaugebieten Berücksichtigung finden. Innerstädtische Baumaßnahmen sollen genutzt werden, um Straßenzüge oder Plätze zu begrünen – durch Baumpflanzungen etwa als Straßenbegleitgrün, mobile Pflanzcontainer, Grünflächen auf vormals gepflasterten oder asphaltierten Bereichen, Sträucher oder Blumen.

ARTENVIELFALT ERHALTEN

Wir setzen uns für die Erhaltung und Erweiterung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren in unserer schönen Stadt ein, damit sich Landshut zu Recht als Stadt der Biodiversität bezeichnen kann. Hierzu sollen weiterhin geeignete Flächen als Blühwiesen genutzt werden.

FÖRDERUNG ALTERNATIVER ENERGIEN

Wir halten am Ausstieg aus der Kernenergie, spätestens 2022, fest. Deshalb unterstützen wir den weiteren Ausbau der Eigenversorgung der Stadtwerke Landshut (durch z.B. KraftWärme-Kopplung, Geothermie, Solarthermie, Windenergie und Photovoltaik) mit erneuerbaren Energien. Als Stromkund*innen der Stadtwerke Landshut können alle einen persönlichen Beitrag dazu leisten. Die Beratung und die finanzielle Unterstützung der Bürger*innen zur Nutzung der erneuerbaren Energien müssen verstärkt werden. Absoluten Vorrang hat die energetische Sanierung städtischer Liegenschaften als Vorbildfunktion sowie die unabhängige und kostenfreie Umweltberatung für die Bürger*innen im Bereich der Energieeinsparung.

FUß- UND RADVERKEHR

Wir setzen uns für ein gutes Verhältnis aller Verkehrsteilnehmer*innen untereinander ein. Gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis füreinander haben oberste Priorität im städtischen

Verkehr. Keine Verkehrsteilnehmergruppe soll dabei gegen eine andere ausgespielt werden. Deshalb fordern wir ein Gesamtverkehrskonzept, in dem alle Verkehrsteilnehmer*innen, Autofahrer, Radfahrer und auch Fußgänger Berücksichtigung finden. Eine Entlastung des Verkehrs und mehr Sicherheit auf unseren Straßen können wir nur miteinander und nicht gegeneinander erreichen. Geeignete Straßen sollen in hochwertige Fahrradstraßen, Spielstraßen, Fußgängerzonen etc. umgewandelt werden.

NEUE FORMEN DER MOBILITÄT UND ÖPNV

Wir unterstützen neue Mobilitätsformen wie Carsharing und die Einrichtung von Stationen für Leihräder und Leihlastenräder. Hier könnte die Stadt selbst Fahrräder und Lastenräder kostenfrei zur Verfügung stellen, um den Verzicht auf die Benutzung des Autos für Kurzstrecken attraktiver zu gestalten.

Die Maßnahmen zur Umsetzung des Bürgerentscheides "Busse Baby" sind zügig Schritt für Schritt umzusetzen, um den ÖPNV allen Landshuter*innen und ihren Bedürfnissen anzupassen und einen Umstieg zu erleichtern.

Mit diesen Maßnahmen kann der Verkehr in Landshut entlastet werden und damit die Belastung für die Bewohner*innen verringert werden.

8. ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE

Wir bekennen uns schon immer zu der besonderen Bedeutung einer Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. So werden weitere Privatisierungen abgelehnt. Städtische Eigenbetriebe, die bereits eine privatrechtliche Gesellschaftsform haben, müssen auch zukünftig zu 100 Prozent in kommunalem Eigentum bleiben und dürfen nicht veräußert werden.

9. JUGEND, FRAUEN UND SENIOREN

JUGEND IST DIE ZUKUNFT DER STADT

Wir wollen unseren Jugendlichen eine Stadt anbieten, in der sie alles finden, was das Jungsein braucht. Jugendarbeit, ob im Verein oder bei Wohlfahrtsverbänden, hat für uns einen besonderen Stellenwert und muss gefördert werden.

Das Jugendzentrum in der Innenstadt muss auch weiterhin ein attraktiver, personell gut ausgestatteter Treffpunkt bleiben; die Alte Kaserne muss als echtes Jugend-Kulturzentrum attraktiv für diese Zielgruppe bleiben und jungen Mitbürger*innen Mitgestaltungsmöglichkeiten anbieten.

Auf jeden Fall muss die Arbeit des Stadtjugendrings weiterhin gefördert werden, besonders sein Projekt in der Porschestraße.

Die dezentrale Jugendarbeit und die aufsuchende Jugendarbeit müssen intensiviert und ausgeweitet werden. Insbesondere die Aufklärungsarbeit zur Suchtproblematik wollen wir stärken.

Wir setzen uns für den Erhalt der Jugendherberge ein. Sie soll weiterhin Schulklassen, Jugendlichen und Familien einen bezahlbaren Aufenthalt zum Kennenlernen unserer Stadt bieten. Die Jugendherberge soll idealerweise am derzeitigen Standort verbleiben, denn dieser liegt sehr zentral und ist bereits historisch geprägt.

FRAUEN

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bedeutet, dass auch Berufe, in denen überwiegend Frauen tätig sind (z.B. in der Alten- und Krankenpflege, in Verkaufsberufen), ebenfalls eine angemessene Bezahlung erhalten müssen. Nur so kann gewährleistet werden, dass künftig in diesen Berufszweigen ausreichende Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Stadt ist verpflichtet dies im Rahmen ihrer Möglichkeiten durchzusetzen. Familiengerechte Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung sollen weiter ausgebaut werden.

Frauen in Not sollen in jedem Fall bei der Wohnungssuche unterstützt und bei der Vergabe bevorzugt werden, vor allem, wenn es sich um ältere Frauen handelt oder um Alleinerziehenden. Die Anzahl der Frauenhausplätze wollen wir weiterhin ausbauen, denn immer noch muss jede zweite Frau, die wegen physischer oder psychischer Gewalt einen Anspruch hätte, abgewiesen werden.

LEBEN UND WOHNEN IM ALTER

In einer älter werdenden Gesellschaft sollen auch neue Wohnalternativen mit der Möglichkeit zu einer aktiven Lebensgestaltung angeboten werden. Auf die wachsende Nachfrage nach selbst bestimmten Wohn- und Lebensformen, auch bei Hilfe- und Pflegebedarf, muss die Stadt in ihrer Wohnungspolitik reagieren.

Eine Beratungsstelle zur Wohnraumanpassung (Bäder, Küchen, Treppenlifte, Handläufe usw.) und als Wohnungstauschbörse ist einzurichten

Auch Wohngemeinschaften sollen angestrebt und unterstützt werden

Aktiv bleiben und dazugehören ist ein zentraler Wunsch auch der Seniorinnen und Senioren. Ein großer Teil von ihnen setzt sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft ein. Dieses Engagement ist von der Stadt zu fördern.

Aufgrund unseres hartnäckigen Engagements ist eine Freiwilligenagentur eingerichtet worden. Diese ist ausreichend zu fördern und zu sichern.

In allen Bereichen der städtischen Politik ist auch auf die spezifischen Bedürfnisse der Älteren einzugehen, wie z.B. bei der Verkehrs- und Stadtplanung, beim städtischen Busverkehr, und in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport.

10. FINANZIERUNG, HAUSHALT, FINANZEN DER STADT LANDSHUT

FINANZIERUNG

Um alle diese Vorhaben finanzieren zu können, ist es erforderlich, dass die Einwohnerzahl der Stadt wächst. D.h. die Stadt muss Schritt für Schritt für Neubürger attraktiver werden. Die potentiellen Zuzugswilligen müssen spürbar erkennen, dass Landshut weiterentwickelt und den Bedürfnissen angepasst wird. Vorhandene Möglichkeiten für Gewerbe, Dienstleistung und Industrie müssen zielgerichtet genutzt und eine Ansiedlung darf nicht verhindert werden. Vorgänge, in denen individuellen Einzelinteressen Vorrang gegeben wird - wie das Beispiel Einkaufszentrum Landshut-Park zeigt -, dürfen sich nicht wiederholen. Wir wollen die wirtschaftliche Attraktivität für bestehende und neue Unternehmen und deren Mitarbeiter weiterentwickeln und fördern.

HAUSHALT FINANZEN DER STADT

- Nachhaltige Finanzpolitik: Der schwarzen Null erteilen wir eine klare Absage
- Balance zwischen Schuldenabbau und Investitionen (Bauunterhalt, Zukunftsprojekte)
- Ausnutzen der jeweils momentanen wirtschaftlichen Situation und des Standortes
- Schuldenabbau mittel- und langfristig

Der Haushalt ist einerseits geprägt von hohem Investitionsbedarf und gebundenen Mitteln, die unabdingbar sind, wie z.B. Personalkosten, langfristige Verpflichtungen, Tilgungen und Zinszahlungen.

Die großen Vermögenswerte (=Immobilienwerte) z.B. Schulen, öffentliche Gebäude, Sportstätten, kulturelle Einrichtungen, die zweifellos vorhanden sind, sowie Straßenbaumaßnahmen, Infrastrukturmaßnahmen (Parkplätze und Parkhäuser) erfordern einen ständigen Bauunterhalt und Investitionen.

Neues muss angegangen werden wie Kinderkrippen und Kindergärten und neue Schulen. Zudem müssen weiche Standortfaktoren wie Theater und Museen erhalten bleiben und entsprechende

Infrastrukturmaßnahmen vorangetrieben werden, um die Stadt für Betriebe als Standort und für Menschen als Wohnort attraktiv zu machen.

Die Stadt steht hier auch im Wettbewerb mit anderen Gebietskörperschaften.

Letztlich wird der Bevölkerungs- und Industriezuwachs die Einnahmesituation der Stadt verbessern, denn schließlich sind bereits jetzt die Einnahmen durch den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer höher als die Gewerbesteuer.

Jedoch sollten für Pflichtaufgaben der Stadt und auch für die Schaffung und den Erhalt von Vermögenswerten die schwarze Null nicht das Maß aller Dinge sein. Mit dem seit Jahren stagnierendem Zinsniveau, gerade für die öffentliche Hand, und dem hohen Schuldenstand bei den Investitionen, muss auch dafür die Aufnahme von Krediten ins Auge gefasst werden.

Fakt ist, dass Investitionsschulden viel schneller steigen als Schulden in Euro. Es steigen die Baukosten von Jahr zu Jahr, der Investitionsbedarf an den Immobilien wächst, die Auflagen erhöhen sich. Deshalb forcieren wir ein massives Investitionsprogramm zum Abbau dieses Schuldenberges an Investitionsbedarf, auch mittels Kreditaufnahmen.

Der kommunale Wohnungsbau muss angekurbelt werden, die Landshuter Stadtbau GmbH & Co. KG. ist zwar aufgrund unseres Bürgerentscheides und somit aufgrund des Druckes der Bevölkerung gegründet worden, die jetzigen Mehrheiten im Stadtrat verhindern aber, dass diese Wohnungsbaugesellschaft baut. Den mehrheitlich gefassten Beschluss, dass die Wohnungsbaugesellschaft nur bauen und so viel bauen darf wie das Stadtsäckl hergeben kann oder übrigbleibt, hindert die Gesellschaft, Wohnungen in der notwendigen Anzahl neu zu schaffen. Die Wohnungsbaugesellschaft schafft mit dem Bau von Wohnungen auch Vermögen für die Stadt, die Mieteinnahmen würden aufgenommene Kredite tilgen. Es muss also kein Cent vom städtischen Haushalt in die Gesellschaft fließen, wenn nur der politische Wille vorhanden ist. Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, dass die neu gegründete städtische Wohnungsbaugesellschaft die Aufgaben erfüllt, für die sie auch gedacht ist und gegründet wurde:

für den Bau von bezahlbaren städtischen Wohnungen.

Private Investoren sind aufgrund eines Antrages unserer Stadtratsfraktion bereits jetzt zu einer Abgabe für Folgelasten in der Infrastruktur bei Grundstücksgeschäften verpflichtet. Diese Abgabe gilt es

auszuweiten, die gesetzlichen Grundlagen hierfür bestehen bereits. Wir müssen diese nur politisch umsetzen.

Um ehrenamtliches Engagement (Kultur, Soziales, im Sport) zu fördern bzw. zu erhalten, kann auf freiwillige Leistungen und Zuschüsse nicht verzichtet werden. Einsparungen in diesem Bereich führen zu negativen Entwicklungen bzw. zu Schulden, die in Euro nicht zu beziffern sind, sondern in emotionaler Form Schaden anrichten und die künftige Entwicklungen bzw. Generationen mehr belasten als ein Schuldenaufbau in Euro.

Die Balance zwischen Erhalt und Neuinvestitionen muss gefunden werden.

Die steuerlich gute Einnahmesituation der Stadt erlaubt es auch, sich Gedanken zu machen, was mit den Mehreinnahmen über den Haushaltsansätzen der Stadt getan wird. Wir schlagen seit Jahren vergebens vor, dass 50% der Mehreinnahmen für die Schuldentilgung verwendet werden und die verbleibenden 50% für Investitionen und Bauunterhalt.

Einem solchen Vorgehen kann sich die Regierung von Niederbayern sicherlich nicht verwehren.

Der Schuldenstand der Stadt ist zweifellos sehr hoch, ebenfalls die Ausgaben für Tilgung und Verzinsung. Es muss jedem vernünftigen Menschen klar sein, dass ein Schuldenabbau auf NULL kurzfristig keinesfalls erreicht werden kann. Darum sind die Planungen mittel- und langfristig anzusetzen.

Wichtig ist ein konsequentes und kontinuierliches Handeln.

Schuldzuweisungen in die Vergangenheit führen zu keinem Erfolg. Das Handeln muss auf der Basis der Ist-Situation erfolgen. Die derzeit und für die nahe Zukunft anzunehmende wirtschaftliche Situation des Standortes ist zu nutzen und gibt durchaus Möglichkeiten gestalterisch tätig zu werden.

11. MEHR DEMOKRATIE – MEHR BETEILIGUNG

Auf keiner Ebene sind die Auswirkungen politischer Entscheidungen so unmittelbar und direkt spürbar wie in der Kommunalpolitik. Die Kommunalpolitik weist die größte Nähe zu den konkreten Problemen der Menschen vor Ort auf.

Wir Landshuter Sozialdemokrat*innen wollen deshalb in Landshut mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Offenheit verwirklichen. Deshalb unterstützen wir Interessengemeinschaften, den Seniorenbeirat, den Migrationsbeirat und den Beirat für Menschen mit Behinderung. Die Installation eines Jugendbeirates werden wir in naher Zukunft forcieren. Außerdem würden wir sehr begrüßen, wenn die Landshuter Bevölkerung mehr Möglichkeiten erhielte, an den öffentlichen Stadtratssitzungen teilzunehmen. Ein Livestream mit Aufzeichnungen, die man zu jeder Zeit abrufen kann (wie auch bereits in anderen Kommunen praktiziert), ist zum Beispiel ein Mittel für eine bessere Kommunikation in die Öffentlichkeit.

WIR SIND SOZIAL UND DEMOKRATISCH, BESTÄNDIG UND VERLÄSSLICH, UND DIES GESTERN, HEUTE UND MORGEN. DARAN LASSEN WIR UNS MESSEN.

Wir standen und stehen für:

- Ausreichende Frauenhausplätze
- Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- Den kostenfreien Schulweg für alle Kinder
- Die Erweiterung der Fußgängerzone
- Shuttlebusverkehr mit geringer Taktung
- Mehrgenerationenhaus/-häuser
- Ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen
- Die Fischtreppe
- Den Migrationsbeirat
- Museen im Franziskanerkloster
- Förderung der Arbeit des “Haus International” für ein friedliches Miteinander aller Menschen
- Die Sanierung und den Neubau des Stadttheaters auf dem Bernlochnerkomplex
- Eine menschen- und umweltfreundliche Bebauung
- Förderung des Fahrradverkehrs
- Den Ausbau der erneuerbaren Energien